



Brüssel, den 25. März 2020
(OR. en)

7002/20

ELARG 20
COWEB 35

VERMERK

Absender:	Generalsekretariat des Rates
Empfänger:	Delegationen
Nr. Vordok.:	6954/20
Nr. Komm.dok.:	COM(2020) 57 final, SWD(2020) 46 final and SWD(2020) 47 final
Betr.:	ERWEITERUNG SOWIE STABILISIERUNGS- UND ASSOZIIERUNGSPROZESS
	– Republik Nordmazedonien und Republik Albanien
	= Schlussfolgerungen des Rates

Die Delegationen erhalten anbei die vom Rat am 25. März 2020 im Wege des schriftlichen Verfahrens angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zur Erweiterung sowie zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess.

Die beiden zugehörigen Erklärungen des Rates sowie die Erklärung der Kommission werden ebenso wie die Erklärung der bulgarischen Delegation, die im Laufe des schriftlichen Verfahrens eingegangen ist, als Erklärungen für das Ratsprotokoll in das gemäß Artikel 12 Absatz 1 Unterabsatz 3 der Geschäftsordnung des Rates erstellte Verzeichnis der im schriftlichen Verfahren angenommenen Rechtsakte aufgenommen.

RAT (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN)

SCHLUSSFOLGERUNGEN DES RATES ZUR ERWEITERUNG SOWIE ZUM
STABILISIERUNGS- UND ASSOZIIERUNGSPROZESS

REPUBLIK NORDMAZEDONIEN UND REPUBLIK ALBANIEN

1. Am 18. Juni 2019 nahm der Rat die Empfehlungen der Kommission, Beitrittsverhandlungen mit der Republik Nordmazedonien und mit der Republik Albanien aufzunehmen, gebührend zur Kenntnis. Der Rat weist darauf hin, dass die Erweiterung auf der Tagung des Europäischen Rates vom 17./18. Oktober 2019 weiter erörtert wurde, der beschloss, vor dem EU-Westbalkan-Gipfel im Mai 2020 in Zagreb auf dieses Thema zurückzukommen.
2. Unter Verweis auf die Agenda von Thessaloniki und die Erklärung von Sofia bekräftigt der Rat, dass die EU die europäische Perspektive des westlichen Balkans uneingeschränkt unterstützt. In Einklang mit früheren Schlussfolgerungen des Rates und im Rahmen der politischen Kriterien von Kopenhagen und des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses, der den gemeinsamen Rahmen für die Beziehungen zu den Ländern des westlichen Balkans bildet, bekräftigt der Rat, dass entsprechend dem 2006 erneuerten Konsens über die Erweiterung eine faire und strikte Konditionalität und der Grundsatz der Beurteilung nach den eigenen Leistungen gewahrt werden müssen. Gutnachbarliche Beziehungen und regionale Zusammenarbeit sind weiterhin wesentliche Elemente des Erweiterungsprozesses und des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses. Der Rat weist darauf hin, wie wichtig das Erzielen greifbarer Ergebnisse und die Durchführung bilateraler Abkommen nach Treu und Glauben, einschließlich des Prespa-Abkommens mit Griechenland und des Vertrags über gutnachbarliche Beziehungen mit Bulgarien, als Teil des Erweiterungsprozesses sind. Der Rat weist ferner darauf hin, wie wichtig die Menschenrechte sowie die Achtung der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören, sind.

3. Der Rat billigt die Mitteilung der Kommission „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ vom 5. Februar 2020, die darauf abzielt, dem Beitrittsprozess neue Impulse zu geben, indem er berechenbarer, glaubwürdiger und dynamischer gestaltet und einer stärkeren politischen Steuerung unterworfen wird; als Grundlage dafür sollen objektive Kriterien und eine strenge positive und negative Konditionalität sowie Umkehrbarkeit dienen. Grundlegende demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Reformen sind das zentrale Ziel des Beitrittsprozesses. Der Rat sieht den Vorschlägen der Kommission, durch die der verstärkte Ansatz in künftige Verhandlungsrahmen einbezogen wird und die auf der geltenden gängigen Praxis im Rahmen des erneuerten Konsenses über die Erweiterung aufbauen, erwartungsvoll entgegen. Die vorgeschlagenen Änderungen können mit Zustimmung der jeweiligen Länder in die bestehenden Verhandlungsrahmen mit Montenegro und Serbien eingebracht werden.
4. In Anbetracht dessen bestätigt der Rat, dass der auf gegenseitigem Vertrauen, Zuversicht und klaren Kriterien und Verpflichtungen beruhende Erweiterungsprozess gegebenenfalls auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ fortgesetzt wird, wobei die Integrität der Arbeit des Rates und seine Autonomie in Bezug auf die Anwesenheit Dritter auf seinen Tagungen uneingeschränkt zu achten sind. In diesem Zusammenhang betont der Rat, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass die EU ihre eigene Entwicklung, einschließlich ihrer Fähigkeit zur Aufnahme neuer Mitglieder, fortsetzen und vertiefen kann.

REPUBLIK NORDMAZEDONIEN

5. Nach Prüfung des aktualisierten Berichts der Kommission vom 2. März 2020 über die Fortschritte der Republik Nordmazedonien begrüßt der Rat, dass das Land seine Entschlossenheit bewiesen hat, die EU-Reformagenda voranzubringen, und greifbare und nachhaltige Ergebnisse vorweisen kann, sodass die auf der Tagung des Rates im Juni 2018 genannten Voraussetzungen für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen erfüllt sind.
6. Angesichts der Fortschritte bei den Reformen und der Erfüllung der vom Rat im Juni 2018 einstimmig festgelegten Bedingungen **beschließt** der Rat vorbehaltlich der Billigung durch die Mitglieder des Europäischen Rates, **Beitrittsverhandlungen mit der Republik Nordmazedonien aufzunehmen.**

7. Der Rat ersucht die Kommission, einen Vorschlag für einen Verhandlungsrahmen im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2006 vorzulegen und dabei den verstärkten Ansatz für den Beitrittsprozess im Einklang mit Nummer 3 einzubeziehen. Der Rat nimmt Kenntnis von der Absicht der Kommission, umgehend mit den erforderlichen Vorbereitungsarbeiten zu beginnen.
8. Die erste Regierungskonferenz sollte so früh wie möglich nach der Annahme des Verhandlungsrahmens durch den Rat einberufen werden.

Der Rat ersucht die Kommission ferner, die Fortschritte und die kontinuierliche Einhaltung der Vorschriften bei allen Aspekten der Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen, die der Rat im Juni 2018 ermittelt hat, weiterhin zu überwachen und den Prozess der analytischen Prüfung des EU-Besitzstands mit dem Land durchzuführen und abzuschließen, wobei mit dem Cluster „wesentliche Elemente“ begonnen wird.

REPUBLIK ALBANIEN

9. Nach Prüfung des aktualisierten Berichts der Kommission vom 2. März 2020 über die Fortschritte der Republik Albanien begrüßt der Rat, dass das Land seine Entschlossenheit bewiesen hat, die EU-Reformagenda voranzubringen, und greifbare und nachhaltige Ergebnisse vorweisen kann, sodass die auf der Tagung des Rates im Juni 2018 genannten Voraussetzungen für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen erfüllt sind.
10. Angesichts der Fortschritte bei den Reformen und der Erfüllung der vom Rat im Juni 2018 einstimmig festgelegten Bedingungen **beschließt** der Rat vorbehaltlich der Billigung durch die Mitglieder des Europäischen Rates, **Beitrittsverhandlungen mit der Republik Albanien aufzunehmen.**

Der Rat ersucht die Kommission, einen Vorschlag für einen Verhandlungsrahmen im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2006 vorzulegen und dabei den verstärkten Ansatz für den Beitrittsprozess im Einklang mit Nummer 3 einzubeziehen. Der Rat nimmt Kenntnis von der Absicht der Kommission, umgehend mit den erforderlichen Vorbereitungsarbeiten zu beginnen.

Die erste Regierungskonferenz sollte so früh wie möglich nach der Annahme des Verhandlungsrahmens durch den Rat einberufen werden.

Vor der ersten Regierungskonferenz sollte Albanien die Wahlreform in völliger Übereinstimmung mit den Empfehlungen des BDIMR der OSZE verabschieden und dabei Transparenz der Finanzierung politischer Parteien sowie der Wahlkampffinanzierung sicherstellen, die weitere Umsetzung der Justizreform – einschließlich des Funktionierens des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichtshofs – sicherstellen und dabei auf einschlägiges internationales Fachwissen, einschließlich der entsprechenden Stellungnahmen der Venedig-Kommission, zurückgreifen und die Einrichtung der spezialisierten Strukturen zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität abschließen. Albanien sollte ferner die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität weiter verstärken, unter anderem durch die Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten und durch den Aktionsplan zur Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung“ (FATF). Die Bekämpfung des Phänomens unbegründeter Asylanträge und die Sicherstellung der Rückführung sowie die Änderung des Mediengesetzes im Einklang mit den Empfehlungen der Venedig-Kommission sind nach wie vor wichtige Prioritäten. Die Kommission wird bei der Vorstellung des Verhandlungsrahmens einen Bericht über diese Fragen, einschließlich zum Fortschritt bei der Leistungsbilanz, vorlegen.

Der Rat wird den Verhandlungsrahmen annehmen, in dem zum Ausdruck kommen muss, dass Albanien alle fünf zentralen Prioritäten erfolgreich angegangen ist; dazu zählen unter anderem die Einleitung von Strafverfahren gegen Richter und Staatsanwälte, denen im Zuge des Überprüfungsprozesses strafrechtlich relevantes Verhalten vorgeworfen wird, die Einleitung von Strafverfahren gegen jene, denen Stimmenkauf vorgeworfen wird, eine solide Leistungsbilanz betreffend die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität auf allen Ebenen, einschließlich der Einleitung von Verfahren und des Abschließens erster Verfahren gegen hochrangige Amtsträger und Politiker, konkrete Fortschritte bei der Reform der öffentlichen Verwaltung, Umsetzung der Wahlrechtsreform und eine endgültige Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Lokalwahlen vom 30. Juni 2019 sowie weitere Fortschritte beim Erlass der verbleibenden Durchführungsvorschriften in Bezug auf das Rahmengesetz von 2017 zum Schutz der nationalen Minderheiten, der Erlass des Gesetzes über die Volkszählung im Einklang mit den Empfehlungen des Europarates und das Vorantreiben des Prozesses der Registrierung von Grundeigentum.

Der Rat ersucht die Kommission ferner, die Fortschritte und die Einhaltung der Vorschriften in allen Bereichen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Verhandlungen weiterhin zu überwachen und den Prozess der analytischen Prüfung des EU-Besitzstands mit dem Land durchzuführen und abzuschließen, wobei mit dem Cluster „wesentliche Elemente“ begonnen wird.